

Protokoll

über die am 9. 10. 52 durchgeführte Arbeitsbesprechung
betr. VO zur Sicherung von Vermögenswerten v. 17. 7. 1952

Koll. Döring eröffnete die Besprechung in Vertretung des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Halle. Er gab danach die Tagesordnung bekannt, die sich aus folgenden Punkten zusammensetzt:

- 1) Eröffnung
- 2) Protokollarische Festlegung der Anwesenden
- 3) Berichte der Aufnahmekreise - Bericht in gedrängten
2-3 Min. Schwerpunkten zur
Aufzeigung der Situation
- 4) Berichte der Sekretäre der Abgabekreise
- 5) Zusammenfassung durch den Leiter der Arbeitsbesprechung
und kritische Stellungnahme zu dem gesamten Problem
- 6) Anleitung durch die eingesetzte Brigade von Berlin
- 7) Abschließende Zusammenfassung durch den Leiter der Arbeits-
besprechung

Zu Punkt 2) wurde die Anwesenheit wie folgt festgelegt:

a) Kreis Artern	Koll. Höhne,	Stellv. Vors.
" Querfurt	" Bulst,	" "
" Saalkreis	" Schwörer,	" "
" Bitterfeld	" Haas,	" "
" Wittenberg	" Altmann,	" "
" Köthen	" Wagner,	" "
" Weißenfels	" Stier,	Abt. Leiter Landwirtschaft
" Zerbst	" Bothe und Kothe	Abt. Landwirtschaft
" Heiligenstadt	" Weitz und Werner	Sekretär und Rechtsstelle
" Worbis	" Flächsig u. Weitz	" " Staatl. Eigent.
" Salzwedel	2 Kellner u. Langer	Vorsitzender u. Sekretär
" Oschersleben	" Lüpfer u. Pfaffer	Sekretär u. Staatl. Eigent.
" Seehausen	" Kamstedt u. Arndt	" " " "
Bezirk Magdeburg	" Schulz	Abt. Leiter Staatl. Eigent.
" "	" Naumann	SB Staatl. Eigentum

- b) Brigade d. Koordinierungs-Koll. Ziegner
z. Kontrollst. f. d. Arbeit d. Fröhlich
Verwaltungsorgane " Mohr

- c) Rat d. Bezirkes Halle/S. " Döring
" Kathe
" Arendt
" Krause.

- d) Erschienen waren nicht:
Kreis Klötze " Köhler
" Halberstadt " Ballhorn
" Wernigerode " Sommer.

- 3) Zu Punkt 3 gab zunächst Koll. Bulst von Querfurt einen kurzen Bericht. Es sind 16 Bauern angekommen, dav. 2 unbekannt verzogen. 1 nachweislich das Gebiet der DDR verlassen, 2 auf dem Wege der Erbfolge Betrieb an Sohn übergeben, 1 nach Krs. Sangerhausen verzogen, 1 hat Wirtschaft gepachtet, verzichtet auf Zuteilung einer eigenen Siedlung, 1 übernimmt im Kreis Genthin Betrieb sowie ein anderer Bauer einen Betrieb im Saalkreis, 2 haben Einsprüche laufen, 2 geben keine Erklärung ab, 2 haben schriftlich verzichtet.

Koll Bulst bringt weiterhin zum Ausdruck, daß er von der letzten vom des Bezirkes herausgegebenen Anweisung - Behandlung von Einsprüchen - noch nicht in Kenntnis gesetzt wurde. Die Schätzungsprotokolle der Abgabekreise liegen nur z. T. vor (Oschersleben und Osterburg). Es konnte deshalb auch noch kein Geld auf die bereits eingerichteten Konten überwiesen werden.

Saalkreis: Angekommen: 23, dav. 1 Betriebsübernahme, 9 Entschädigungsanträge, 6 unbekannt verzogen, 3 unklare Fälle - Erbgemeinschaften -, weshalb der Kreis bereits angeschrieben wurde, jedoch eine Antwort noch nicht vorliegt. 4 Bauern haben sich noch nicht entschieden, 1 Antrag auf Entschädigung liegt vor, wo der Antragsteller sich für die Entschädigungssumme wieder eine Gastwirtschaft kaufen will. Die Schätzung der von Bauern, die im Kreis Querfurt angesiedelt waren, übernommenen Wirtschaften wird schnellstens durchgeführt werden.

Bei einigen dieser Bauern hat der Koll. Schwörer den Eindruck, daß man die Verwaltung „an der Nase herumführt“, die es vorziehen, jedesmal abwesend zu sein, wenn die Kreisverwaltung erscheint, um Betriebe mit ihnen zu besichtigen.

Geldüberweisungen sind noch nicht erfolgt, obwohl die Konten eingerichtet wurden.

Bitterfeld: Insges. 29 Bauern, dav. 3 nicht im Sinne der VO, 1 Altenteiler, 6 Anträge auf Landzuteilung, die noch nicht realisiert werden konnten, da vom Rat des Bezirks auch keine Zuweisung von Betrieben erfolgte. Weiter liegen 2 Verzichtserklärungen und 6 Protokolle vor, 5 Bauern sind nach dem Bezirk Magdeburg verweist, 5 westflüchtig, 1 verstorben, 1 Pächterentschädigung.

Es bestehen Schwierigkeiten mit Gardelegen, da trotz Fernschreiben die Wertzuwachsprotokolle noch nicht übersandt wurden. Konten sind sämtlich eingerichtet.

Weiterhin bringt der Koll. Haas zum Ausdruck, daß in seiner Kreisverwaltung Unklarheiten bestehen über die Verantwortlichkeit bei der Realisierung der VO, da sich dieselbe dort der Sekretär selbst vorbehalten hatte und er als Stellv. Vors. erst aufgrund der Einladung zur Besprechung in diese Fragen eingewiesen wurde.

Wittenberg bestehen keine Unklarheiten bzw. hat sich an den beim Rat des Bezirks vorliegenden Zahlen nichts verändert. Schätzungsprotokolle von Worbis liegen vor. Geld wurde noch nicht überwiesen von Worbis, da Mitteilung vom Aufnahmekreis über bereits durchgeführte Landentschädigung noch nicht vorliegt.

Weißenfels: 12 angekommen von Haldensleben, 2 Landanträge, die bereits realisiert wurden. Die beiden neu übernommenen Betriebe wurden bereits abgeschätzt, jedoch liegen die Schätzungsprotokolle von Haldensleben noch nicht vor. 4 Entschädigungsanträge liegen vor,, 4 Bauern geben keine Verzichtserklärung ab, haben Einspruch eingelegt, 1 Fall noch unklar, 1 Bauer unbekannt verzogen.

Konten sind eingerichtet, Schätzungsprotokolle von Haldensleben liegen bereits vor, mußten wegen einiger Unklarheiten zurückgesandt werden.

Artern: 41 angekommen, dav. 14 Anträge auf Land (möglichst Bezirk Magdeburg. Es wurden 2 Betriebe im Kreis Genthin und Wolmirstedt nachgewiesen, wovon der in Genthin liegende Betrieb von den beiden dafür infrage kommenden Bauern abgelehnt wurde, so daß dieser Betrieb vom Kreis Artern nicht besetzt werden kann. Die Einweisung des anderen Bauern in Wolmirstedt sollte heute durchgeführt werden. 6 Anträge auf Geldentschädigung liegen vor, ferner 9 Protokolle, 5 unklare Fälle, 1 unbekannt verzogen, 1 Bauer ist westflüchtig, 3 verzogen, 2 inhaftiert.

Konten wurden eingerichtet, Benachrichtigung der Bauern erfolgte. Schätzungsprotokolle mußten wegen Unvollständigkeit nach Osterburg zurückgesandt werden, und liegen seitdem noch nicht wieder vor. Außer der Landzuweisung in Wolmirstedt wurde keine weitere Zuweisung getätigt.

Koll. Döring übt Kritik an der Arbeitsweise, daß der Kreis Artern nur 1 Landzuweisung durchführte. Wenn schon die Anträge auf Zuweisung für den Bezirk Magdeburg lauten, so hätten zumindest die Anträge auf 1 ha und weniger, die auch vorliegen, im Kreis selbst befriedigt werden können, wozu Koll. Höhne erklärt, daß diesbezügliche Maßnahmen eingeleitet sind.

Köthen insges. 4 Bauern, die alle Land (3 Neubauernstellen und 1 Großpachtung) zugewiesen erhielten. Konten sind eröffnet, Geld jedoch noch nicht überwiesen, Schätzungen der übernommenen Betriebe werden z. Zt. durchgeführt, jedoch liegend solche von den Abgabekreisen noch nicht vor, d. h. dieselben mußten wieder zurückgesandt werden wegen Unvollständigkeit.

Zerbst: insges. 8 umgesiedelte Bauern aus Haldensleben, dav. 1 abgewandert, 1 Antrag auf Landzuweisung, 6 Entschädigungsanträge. Alle Bauern stellten Antrag auf Rückführung ihrer Hausinventare. Konten wurden eingerichtet.

Bei der Rückführung des Mobiliars wurde nochmals darauf hingewiesen, das dies nur individuell zu entscheiden ist, ob die Kosten vom Kreis übernommen werden. Die Kosten werden z B. vom Kreis nicht getragen wo genügend Zeit und Raum zur Mitnahme des Mobiliars zur Verfügung steht und dies nicht in Anspruch genommen wurde.

-.-.-

4) Bericht der Sekretäre der Abgabekreise:

Heiligenstadt hat Wittenberg die Schätzungsprotokolle bereits übermittelt. Damit Heiligenst. das Geld überweisen kann, ist noch die Mitteilung von Wittenberg zu beben, inwieweit bereits Landentschädigungen vorgenommen wurden, damit dies in Abzug bracht werden kann.

Dem Saalkreis wurden ein Teil der Protokolle bereits übermittelt, die restlichen werden jetzt zugesandt. Jedoch fehlt auch von dort die Mitteilung über die bereits durchgeführte Entschädigung, damit das Geld überwiesen werden kann.

Der Koll. macht darauf aufmerksam, auch den für Worbis bestimmten Schriftverkehr nach Heiligenstadt zu senden, weil die Bearbeitung von H. erfolgt, da Worbis sich noch im Aufbau befindet.

Salzwedel 59 Betriebe wurden vermögensmäßig ermittelt, Protokolle darüber wurden den Aufnahmekreisen übermittelt, so daß von diesen jetzt nur noch die Mitteilung über bereits erfolgte Entschädigung aussteht. Geld wurde noch nicht angefordert, um den Staatshaushalt nicht vorzeitig zu belasten. Der Koll. Keller bittet um Einschaltung der vorgesetzten Dienststelle, damit die Unterlagen von Delitzsch nach Salzwedel gereicht werden.

Koll. Fröhlich, Berlin, ist verwundert, daß die Schätzungsprotokolle bereits von Salzwedel nach Delitzsch gesandt sein sollen, da dieselben gestern lt. Mitteilung von Delitzsch noch nicht vorlagen.

Köthen ist ebenfalls nicht im Besitz der Unterlagen von Salzwedel, worüber Koll. Döring sehr erstaunt ist, da bisher vom Kreis Salzwedel in diesen Fragen vorbildliche Arbeit geleistet wurde.

Koll. Ziegner erteilt der Abt. L beim Rat des Bezirks Halle den Auftrag, innerhalb von 2 Tagen Feststellungen über den Verbleib der Unterlagen für Köthen und Delitzsch zu treffen

In Oschersleben wurde der Beschluß gefaßt, die 17 Betriebe VEG's und LPG's zu übergeben. Von 6 Betrieben, die vorher zu Haldensleben gehörten, liegen unvollständige Unterlagen vor. Schätzungsprotokolle wurden abgesandt, wobei sich herausstellte, daß der Kreis Liebenwerda über die ihm aus Oschersleben zugewiesenen keine Übersicht besitzt, da er bisher nicht feststellen konnte, wo sich diese Menschen aufhalten.

Weiter übt Oschersleben Kritik an dem Fernschreiben, aus dem nicht hervorging, wer an dieser Besprechung teilnehmen sollte, was auf die schlechte Formulierung vom Rat des Bezirks Magdeburg zurückzuführen ist, da vom Rat des Bezirks Halle die Kreise vom Bezirk Magdeburg nicht eingeladen werden können demzufolge die Mitteilung über die Besprechung dem Bezirk Magdeburg gegeben wurde.

Seehausen hat 51 Betriebe ausgesiedelt, die fast ausschließlich LPG's überführt wurden. Schätzungsprotokolle wurden abgeschlossen und dem Bezirk übermittelt.

Es wird Beschwerde darüber geführt, daß die Umgesiedelten zwecks Rückführung von Möbeln ihre verlassenen Orte aufsuchen, ohne daß der Kreis zuvor davon benachrichtigt wird, außerdem ist ihnen von einer Stelle erklärt worden, daß sie sich überall außerhalb des 5 km-Streifens niederlassen können.

Dies ist nach Koll. Döring individuell zu entscheiden, unter Berücksichtigung von evtl. ausgesprochenen Kreisausweisungen.

Köthen führt Beschwerde über die Unvollständigkeit der Schätzungsprotokolle von Seehausen.

Querfurt hat von Osterburg noch keine Schätzungsprotokolle erhalten, obwohl bereits 2 x erinnert wurde, was der Koll. von Seehausen auf die vollkommen neuen Mitarbeiter zurückführt, die sich erst einarbeiten müßten.

Koll. Döring läßt diesen Einwurf nicht gelten, da 3 qualifizierte Kräfte - Vorsitzender, Stellv. Vorsitzender, Abt. Leiter Landwirtsch. - dort arbeiten, die bereits auch schon zuvor in diesen Angelegenheiten zu arbeiten hatten. Anscheinend wird jedoch diese Arbeit ausschließlich vom Staatl. Eigentum durchgeführt, da der Abt. Leiter Landwirtsch. bei einer kürzlichen Rücksprache darüber nicht orientiert war.

Haldensleben wurden 29 Betriebe ausgesiedelt. Schätzungsprotokolle wurden den betr. Kreisen und Bezirk übermittelt. Jedoch fehlt auch hier die Mitteilung von Zerbst und Weißenfels über die inzwischen erfolgte Entschädigung, damit das Geld überwiesen werden kann.

Zerbst erklärt dazu, daß die Schätzungsprotokolle der Brigade von Magdeburg mitgegeben wurden und demzufolge bereits im Besitz von Haldensleben sein müßten.

Über den an dieser Besprechung nicht vertretenen Kreis Klötze gibt Koll. Schulz von Magdeburg einen kurzen Bericht. Dort sind 41 Betriebe ausgesiedelt worden. Der betr. Sachbearb. erhielt die Anweisung, die Umschreibungen aufgrund der VO vorzunehmen. Inwieweit Klötze mit den Aufnahmekreisen in Verbindung steht, entzog sich seiner Kenntnis.

- 5) Danach bat Koll. Ziegner den Koll. Döring in Vertretung des Vorsitzenden beim Rat des Bezirks Halle, eine kurze Zusammenfassung zu geben über die geführte Diskussion unter Berücksichtigung der Einschätzung der bisher geleisteten Arbeit sowohl in der Bezirks- als der Kreisebene.

Koll. Döring führt zunächst aus, daß mit Erscheinen der VO v. 17.7.52 die Arbeiten noch einige Tage im Landesmaßstab durchgeführt wurden. Eine Trennung der Arbeiten erfolgte erst Anfang August. Dabei kann man feststellen, daß von den leitenden Funktionären der Verwaltung der Anordnung nicht die Bedeutung beigemessen wurde, die zu einer restlosen Realisierung geführt hätte. Das kommt darin zum Ausdruck, daß sich der Sekretär beim Rat des Bezirks nur mit der laufenden Berichterstattung befaßt habe und der Koll. Braschka in den ersten Tagen sich sehr wenig um die Realisierung der VO kümmern konnte durch die zu diesem Zeitpunkt anfallenden Arbeiten bezüglich der Verwaltungsreform. Diese Einstellung strahlte auch in die beiden Abt. Landwirtsch. und Finanzen, so

daß auch dort in der ersten Zeit nicht mit der notwendigen Sorgfalt die Realisierung dieser VO aufgegriffen wurde. Durch den Großeinsatz in den Kreisen auf Veranlassung der berliner Brigade mußte festgestellt werden, daß die gleiche Einstellung, wie sie im Bezirk vorherrschte, auch dort zu finden war.

Durch die 2. Anweisung und die kurzfristige Termingestaltung in Bezug auf die Landzuweisung ging die Tendenz der Kreise dahin, bei den Bauern einen Verzicht auf Landzuweisung zu erreichen.

Außerdem konnte festgestellt werden, daß sich die Agitation der beiden Glaubensgemeinschaften bei der Landzuweisung hindernd bemerkbar machte, was besonders noch durch den zu dieser Zeit stattgefundenen Katholikentag zum Ausdruck kam. Danach setzte in den Kreisen eine andere Tendenz ein, die darauf hinausging, unbedingt Pachtwirtschaften zu übernehmen, um somit einen Verzicht auf die an der Grenze liegende Wirtschaft zu umgehen. Den Fragen der Landzuweisung traten noch mehr Schwierigkeiten entgegen in der Diskussion mit den Bauern anlässlich des Besuches der Delegation unserer Volkskammer in Bonn, die nunmehr mit einer Rückkehr auf ihr altes Grundstück rechneten.

Weitere Schwierigkeiten waren dabei zu verzeichnen, daß Bauern, bevor sie Antrag auf Land stellten, zunächst die Schätzungsprotokolle einsehen wollten, was durch die schleppende Bearbeitung der Abgabekreise nicht möglich war. Dadurch ergab sich, daß die zugesagte Entschädigung nicht sogleich überwiesen werden konnte, so daß die Bauern nicht mehr daran glaubten, daß die Verwaltung ernsthaft an der Realisierung der VO arbeitet. Ferner ergaben sich Schwierigkeiten in der Bearbeitung der Einsprüche, wozu eine Anleitung von Berlin fehlte. Darüber hinaus ist der Koll. Döring der Meinung, daß die Koll. von Berlin vom rein statistischen Standpunkt an die Frage der Realisierung der VO herangingen, und erreichen wollten, in 2 - 3 Tagen Landzuweisungen durchzuführen, um statistisch eine Veränderung in das Bild zu bekommen.

Aus dieser Besprechung ist unbedingt die Schlußfolgerung zu ziehen über die teilweise sehr schlechte Zusammenarbeit der Aufnahme- mit den Abgabekreisen. Als erste Aufgabe haben die Abgabekreise die Schätzungsprotokolle unverzüglich den Aufnahmekreisen zuzusenden, zumindest für diejenigen Bauern, die auf Landzuweisung verzichteten, damit dieselben umgehend in den Besitz des Geldes kommen. Er rechnet damit, daß dadurch die Anträge auf Landzuweisung sich erhöhen werden, weil dann die Bauern nicht mehr an der Ernsthaftigkeit, die dieser VO von seiten der Verwaltung gewidmet wird, zu zweifeln brauchen.

Die Aufnahmekreise haben die Aufgabe der umgehenden Schätzung der den Umgesiedelten bereits zugewiesenen Betriebe. In der Frage der Einsprüche sind grundsätzlich klare Entscheidungen aufgrund der Anweisung von Staatssekretär Eggerath zu treffen.

Danach sprach Koll. Schulz von Magdeburg über die Arbeit der Bezirksbrigade, die die Aufgabe der Überprüfung der Schätzungsprotokolle und der Realisierung der durch die Kreisbodenkommissionen und Räte der Kreise festgenommene Beschlüsse hatte, um die angefallenen Vermögenswerte zu sichern. Diese Aktion setzte kurz nach der Verwaltungsreform ein, und es ergab sich dabei die Schwierigkeit, daß mit neuen Kräften - sowohl im Bezirk als auch im Kreis - gearbeitet werden mußte, daß die Unterlagen unterschiedlich teils beim alten Kreis verblieben und teils an den neuen Kreis gegeben wurden. Weiterhin bestanden in der Passierscheinfrage und der Fahrzeugbestellung Schwierigkeiten. Weitere Unklarheiten brachte der HA-Leiter Lass vom Finanzministerium in diese Angelegenheit im Bezug auf den steuerlichen Zeitwert. Ferner entsprachen die zugeteilten Brigademitglieder nicht immer den Anforderungen. Eine Unterstützung von seiten der Abt. Landwirtschaft und Finanzen war praktisch nicht vorhanden.

Die Überprüfungen ergaben, daß sämtliche Kreisbodenkommissionen- und Beschlüsse der Räte der Kreise durchgeführt wurden unter Einschaltung der SB f. Staatl. Eigentum zwecks Umschreibung der Ldw. Betriebe. Über die Anforderung der Entschädigungssumme wurde von Berlin nur Oschersleben unterrichtet, so daß Magdeburg von dort darüber orientiert werden mußte und danach die übrigen Kreise davon unterrichtete.

Koll. Döring ergriff danach das Wort und bemerkte, daß mit Magdeburg noch Verhandlungen geführt werden müssen bezüglich Zurverfügungstellung von Ldw. Betrieben für die Umgesiedelten, die im Bezirk Halle nicht befriedigt werden können, worauf ihm von Magdeburg die Antwort zuteil wurde, daß außer den bereits zur Verfügung gestellten 10 Betrieben keine weiteren gemeldet wurden.

Ferner wurde die Frage des Solls und der Futtermittelzuweisung bis heute noch zu keiner Klärung geführt, wodurch in der Landzuweisung enorme Schwierigkeiten auftreten, weil in der Regel gerade devastierte Betriebe den Umgesiedelten zugewiesen werden. Wenn eine Besprechung anberaumt wird zur Durcharbeitung einer VO, muß man von den Berliner Kollegen, zumal als Brigade mit allen Vollmachten, erwarten können, daß sie zu den aufgeworbenen Problemen, die schon wochenlang diskutiert werden, grundsätzlich Stellung nehmen und nach wochenlangen Bemühungen auch Entscheidungen getroffen werden müssen. Wie soll eine

VO realisiert werden, mit konkreter Termingestellung, wenn auf der anderen Seite noch erhebliche Lücken offen sind und nicht geklärt wurden. Koll. Wagner von Köthen macht den Vorschlag, in den Fällen, in denen die Schätzungsprotokolle beanstandet werden, den Umgesiedelten zunächst 1/3 des Wertes zu überweisen, da die Bauern, die hier einen Betrieb übernommen haben, sich bereits in finanziellen Schwierigkeiten befinden, die somit behoben würden (MAB-Schulden usw.). In der darauf folgenden Diskussion kam man zu dem Schluß, die Hälfte des auf dem Schätzungsprotokoll angegebenen Wertes zu überweisen.

- 6) Danach ergriff Koll. Ziegner das Wort und erklärt, daß es jetzt darauf ankommt, die Realisierung der VO endgültig abzuschließen. Als Termin zur Durchführung der §§ 3, 4 und 5 wurde der 20.10 genannt. Das bedeutet nicht, daß die VO mit diesem Tage in allen Einzelheiten und einzelnen Fragen abgeschlossen ist, jedoch muß zumindest zu diesem Zeitpunkt ein grober Überblick vorhanden sein, da es nicht zu verantworten ist, daß noch länger ein derartig großer Mitarbeiterstab sich mit dieser VO beschäftigt.

Bis zum 15.10. haben die Kreise die Landzuteilung abzuschließen. Dabei haben sie die Aufgabe, die Umgesiedelten zu einer klaren Stellungnahme aufzufordern, die sich bisher eine Anzahl Betriebe angesehen haben und sich jedoch noch nicht entschließen konnten oder wollten, einen derselben zu übernehmen.

Salzwedel ist der Meinung, daß man den § 2 in diesen Fällen anwenden könne, dem Koll. Ziegner nicht zustimmen kann, da mit dieser VO praktisch ein staatlich angeordneter Zwangstausch durchgeführt wurde. Bei Weigerung, neues Eigentum zu übernehmen, wird Geldentschädigung gegeben. § 2 darf nicht in Zusammenhang mit den §§ 3, 4 und 5 gebracht werden. Die VO darf auf keinen Fall dazu benutzt werden, irgendwelche Enteignungen auf kaltem Wege durchzuführen.

Koll. Schwörer bemerkt, daß die Sollregelung Voraussetzung für die Erfüllung des Termines sei.

Koll. Ziegner weist nochmals auf den Abschluß der Realisierung der VO, zumindest in groben Zügen, bis zum 20. 10. hin, was allerdings nicht ausschließt, verspätet eingegangene Anträge auf Landzuweisung bei Bestehen der Möglichkeit zu berücksichtigen.

Zur Soll- und Futtermittelfrage hat er vom Büro des Staatssekretärs Eggeroth die Zusage bekommen, daß mit E.u.A. Staatssekretär Streit bereits seit 3 Wochen Verhandlungen laufen in der von der Landwirtsch. VO geschlagenen Richtung.

Salzwedel stellt in diesem Zusammenhang die Sollfrage der zurückgelassenen Betriebe, die dort angeblich noch nicht auf den neuen Rechtsträger lt. VO umgeschrieben sind, obwohl nach Koll. Ziegner dies bereits mit dem 25.9. abgeschlossen sein sollte. Im übrigen steht in der 2. Anweisung, daß das Soll des neu zu übernehmenden Betriebes neu festzusetzen ist, womit sich also E.u.A. jetzt beschäftigen müsse.

Koll. Schwörer führt dazu aus, daß nur Betriebe nach der VO v. 17.7., §§ 1 und 2, für diese Vergünstigung in Frage kommen. Nach der neuesten Anweisung können Betriebe, deren Inhaber das Gebiet der DDR illegal verlassen haben nach der VO über devastierte Betriebe - Produktionsvoll - behandelt werden. Es bedürfte einer Regelung des Staatssekretariats E.u.A. und der Staatl. Plankommission, daß diese Anordnung sinngemäß Anwendung findet auch für diese Betriebe. Jedoch ist der Abschluß für die Festlegung des Produktionssolls bereits getätigt mit Ablauf den Monats September. Er weist bei dieser Gelegenheit auf die Tagung in Potsdam hin, wo die Arbeit des Staatssekretariats f. E.u.A. kritisiert wurde. Es ergab sich dabei, daß einige Kreise so mit diesen ungeklärten Fragen beschäftigt sind, daß sie die andere Arbeit vernachlässigen mußten. Koll. Ziegner erwidert darauf, daß er von sich aus keine Entscheidung treffen könne, jedoch der Staatssekretär Eggerat davon unterrichtet werden wird. Wie die weitere Diskussion ergab, haben 99 % dieser Betriebe mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen.

Koll. Ziegner weist nochmals darauf hin, nach der 2. Anweisung zu verfahren mit der Neufestsetzung des Solls, die Frage der Rückstände wird noch geklärt werden, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß die Betriebe unmöglich mit den alten Rückständen belastet werden können.

Koll. Schwörer weist nochmals auf die Sollfrage hin, weil in diesen Tagen das Soll erfüllt werden muß. Ist bis dahin keine Klärung herbeigeführt, wird dem Betrieb alles entzogen zur Deckung des Solls. Dies ist mit ein Grund dafür, daß sich die Bauern nicht zur Übernahme eines Betriebes entschließen können. Koll. Ziegner bekräftigt diese Ausführungen noch dadurch, daß er die Ansicht vertritt, daß die ganze Aktion hinfällig werden würde, wenn diese Frage nicht umgehend einer entsprechenden Klärung zugeführt wird.

Danach weist Koll. Ziegner nochmals auf die Termineinhaltung der Landzuweisung mit dem 15.10. hin, womit gleichzeitig verbunden ist der Abschluß der Verträge.

Termin der Übersendung der Schätzungsunterlagen an Abgabekreise ist der 18.10.52.

Allen den Umgesiedelten, die keinen Antrag auf Landzuweisung gestellt haben, ist umgehend die Entschädigungssumme zu überweisen. Die Ab-

gabekreise haben die Mittel für diese auf die Konten in den Aufnahmekreisen bis zum 13. 10. zu erweisen.

Bis spätestens 13. 10. sind sämtliche Aufnahmekreise verpflichtet, den Abgabekreisend die Konten-Nr., Namen mitzuteilen ferner, ob eine Verzichtserklärung, Antrag auf Landzuweisung usw. vorliegen.

Koll. Bulst sieht die Termingestellung zu kurz an, weil die Arbeit aufgrund der unklaren Anweisungen von Berlin und Halle, gerade in der ersten Zeit, nicht so vorangeschritten sei, um die Termineinhaltung zu gewährleisten, was vom Koll. Döring nicht anerkannt wird, da es sich doch nur um kurze Mitteilungen handelt, denn die Kreise hatten zuvor erklärt, daß die Schätzungsprotokolle gefertigt seien.

Die Frage des Koll. Ziegner, welche Kreise die Ansprüche nicht befriedigen können, erfuhr eine dahingehende Antwort, daß es sich um die Kreise Artern und Querfurt handelt. Der Rat des Bezirk Halle hat demnach die Aufgabe, den Kreisen, die die Ansprüche nicht selbst befriedigen können, bis zum 13. 10. entsprechende Betriebe nachzuweisen. Bis zum 15. 10. erhält Berlin von Halle die Mitteilung, welche Landansprüche im Bezirk Halle nicht realisiert werden können.

Aufgrund eines eingeworfenen Diskussionsbeitrages wurden die Kreise davon unterrichtet, zur Befriedigung der Ansprüche Betriebe nach § 1 der VO v. 17. 7. zu verwenden.

Bis spätestens 13. 10. haben den Aufnahmekreisen die Schätzungsprotokolle aus den Abgabekreisen vorzuliegen.

Querfurt stellte die Frage, wie verfahren werden soll bei Umgesiedelten die unbekannten Aufenthalts verzogen sind, wo noch nicht feststeht, daß sie das Gebiet der DDR verlassen haben. Diese Mittel sind zurückzuhalten bis zur Klärung.

- 7) Abschließend wird vom Koll. Döring herausgestellt, daß die Norm der heutigen Arbeitsbesprechung sehr positive Auswirkungen gezeigt hat dadurch, daß alle Fragenkomplexe gemeinsam mit allen beteiligten Dienststellen und den verantwortl. Koll. unmittelbar durchgeführt wurden. Die Durchführung einer solchen Arbeitsbesprechung zum Beginn der Maßnahmen zur Realisierung der VO hätte uns in der gesamten Arbeit einen wesentlichen

XXXXXXXXXXXXX Wir sind der Meinung, daß man daraus in Zukunft die notwendigen Lehren zieht, um bei gleichgelagerten Problemen, die noch sehr häufig vorkommen, in der gleichen Weise zu verfahren.

Die Arbeitsbesprechung war in ihrer Durchführung konzentriert, umfaßte nur wenige Stunden, und es wurde dabei ein gewaltiges Pensum an Ar-

beit erledigt, was in all den bisher durchgeführten Anleitungen und Besprechungen, die über Stunden hinausgingen, nicht erreicht werden konnten. Kritisch müssen wir dabei auch Stellung nehmen zu der Arbeit der zentralen Regierugsdienststellen. Diese kritische Stellungnahme, kurz zusammengefaßt, drückt sich wie folgt aus:

- a) auf der einen Seite Festlegung von konkreten Terminen zum Abschluß der gesamten Aktion
- b) auf der anderen Seite bis zum heutigen Tage trotz mehrfacher und ernsthafter Hinweise noch offenstehende Frage im Zusammenhang mit der VO, die noch nicht entschieden sind. Eine konkrete Termingestaltung und -erfüllung kann aber erst erfolgen, wenn eine konkrete Anweisung und konkrete Anleitung bis in alle Einzelheiten gegeben wird.

Bei dieser Gelegenheit bleibt festzustellen, daß eine solche Arbeitsmethode in vielen anderen Fragen der Verwaltung gerade in den zentralen Dienststellen noch festzustellen ist. Festzustellen ist erst recht nach der durchgeführten Verwaltungsreform, die z. B. darin zum Ausdruck kommt, daß das Ministerium f. Land- u. Forstwirtsch. die Bezirke mit Schreiben, Terminen usw. überhäuft, die gar nicht realisiert werden können. Verschiedene Koll. in den zentralen Dienststellen sind z. B. noch der Meinung, daß die Verwaltungsreform nur eine administrative Angelegenheit war und eine Veränderung in den unteren Gebietskörperschaften durch Schaffung neuer Kreise und Räte der Bezirke vorgenommen wurde. Die Verwaltungsreform hat jedoch einen ganz anderen Inhalt und dürfte nicht Schluß machen in der Ausstrahlung und in der Auswirkung bei den Räten der Kreise und Bezirke, sondern erst recht in den zentralen Dienststellen, die aus den Gedanken der Verwaltungsreform heraus ebenfalls zu einer grundsätzlichen neuen Methode der Arbeit und speziell der Anleitung kommen müssen.

Beginn der Besprechung: 11, 15 Uhr

Ende der Besprechung: 13, 30 Uhr.

Im Anschluß an diese Arbeitsbesprechung fand mit den Bezirksbrigaden Magdeburg und Halle noch eine kurze Anleitung durch die eingesetzte Brigade von Berlin statt, wobei den Bezirksbrigaden der Auftrag erteilt wurde, die in der heutigen Besprechung festgelegten Termine in den Kreisen zu kontrollieren und für deren Erfüllung durch gute Anleitung und Kontrolle Sorge zu tragen.

Der Leiter der Brigade, Koll. Ziegner, konnte das Protokoll unterschriftlich nicht vollziehen, da er bei der Fertigstellung desselben infolge anderweitiger dienstlicher Inanspruchnahme nicht mehr anwesend sein konnte.

Halle/S., den 5. November 1952

Der Sekretär

An die
Koordinierungs- und Kontrollstelle
für die Arbeit der Verwaltungsorgane

in Berlin

Betr.: Durchführung der Verordnung zur Sicherung der Vermögenswerte
v. 17.7.1952.

Anläßlich einer Dienstbesprechung bei der Al. III A [schwer lesbar] des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft der DDR am 4.11.52 erklärte Koll. Frommhold, das Büro für Fragen der Demarkationslinie bei der Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der Verwaltungsorgane sei aufgelöst. Die Erarbeitung der weiteren Durchführung der §§ 3 - 5 der VO. sei dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft übertragen.

Uns ist unverständlich, daß während der Durchführung der sich aus der VO. ergebenden Aufgaben die bisher bei einer zentralen Stelle bestehende koordinierende Leitung auf andere Stellen übergeht.

Im Bezirk Halle sind zur restlichen Durchführung der VO. noch folgende Hauptarbeiten zu erledigen:

- 1.) Weitere Landzuweisung an 12 umgesiedelte Bauern, deren Landzuweisung im Bezirk Halle und Magdeburg bisher noch nicht möglich war.

Hierzu wurden mit Fernschreiben v. 18.10.1952 bereits 6 umgesiedelte Bauern dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft und dem Büro für Fragen der D-Linie zur Bereitstellung von Wirtschaften gemeldet.

Daraufhin ist bisher noch keine Antwort eingegangen.

- 2.) Bei den Landzuweisungen, die bisher erfolgt sind, ist die Frage der Futtermittelversorgung und Klärung der Sollveranlagung für die vom staatlichen Handelskontor Pacht- und Nutzvieh gekauften Kühe usw. zu entscheiden.

Bereits mit Fernschreiben v. 16.9.1952 wurde der Sachverhalt der Koordinierungs- und Kontrollstelle mitgeteilt. Da keine Antwort erfolgte, wurde bei dem Einsatz der Brigade Ziegner von der Kontrollstelle nochmals dem Koll. Ziegner aufgegeben, die Fragen zu klären. Wäh-

rend des Einsatzes ist dieses nicht erfolgt. Deshalb wurde im Abschlußbericht über den Einsatz v. 8. - 18.10.1952 nochmals aufgenommen, daß die Frage der Futtermittelversorgung und Sollveränderung entschieden werden muß.

Als auch hierauf keine Antwort erfolgte, haben wir nochmals mit Fernschreiben v. 31.10.1952 die Koordinierungs- und Kontrollstelle - Büro für Fragen der D - Linie - um Entscheidung gebeten.

- 3.) Entscheidung der Einsprüche gegen die Schätzungsprotokolle der Abgabekreise. Es ist im Bezirk zu verzeichnen, daß der überwiegende Teil der umgesiedelten Bauern Einspruch gegen die Festsetzung im Schätzungsprotokoll der Abgabekreise erhoben haben. Da die Entscheidung der Einsprüche nach unserer Ansicht individuell und verantwortungsbewußt erfolgen muß, ist u. E. eine Anleitung der Abgabekreise in dieser Hinsicht unbedingt notwendig. Wenn es nicht gelingt, die Einsprüche schnellstens zur Entscheidung zu bringen, ist die restliche Durchführung der VO. in kürzester Frist nicht möglich.

Wir bitten von daher:

- 1.) die vorgenannten noch offenstehenden Fragen zu beantworten und
- 2.) zu unterstützen in den Fragen der weiteren Bearbeitung der Einsprüche gegen die Schätzungsprotokolle und zur Bereitstellung der hierzu benötigten Mittel.

.....
(Becker).²⁴¹

241 Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. K MLF, Nr. 5280, 1r-9r, 9v

100854 - 10 Ex. vom MfS aufwärts,

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Ministerium für Staatssicherheit

1. Stellvertreter des Ministers

090001

*zum Bezug v. H. 15/53
in 15-Stelle am 7.1.53.*

VS 1543/53

Geheime Verschlusssache

An das
Ministerium für Staatssicherheit
Bezirksverwaltung
- Leitung -

Berlin, den 29. April 1953
Ma./Her
GVS - Nr.: 1516/53 A

Zu Händen
des Herrn Staatssekretär Mielke

10 Exemplare je 5. Blatt

1. Exemplar 5. Blatt

Dienstsanweisung - Nr.: 16/53

Betr. 1. Bearbeitung der sich in den Quarantänelagern befindenden Personen.

Die Aufgabe der Operativ - Gruppe in den Quarantänelagern ist die intensive Bearbeitung der sich im Lager befindenden Personen, mit dem Ziel:

1. Alle verbrecherischen Elemente unter diesen ausfindig zu machen.
2. Informationen die für die DDR von Bedeutung sind, zu erhalten.
3. Personen anzuwerben, die für eine Anwerbung geeignet sind.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind die ausgewiesenen Personen gemäß dieser Richtlinie zu bearbeiten.

1. Alle Personen sind im Lager von der VP zu registrieren und sofort der Operativ - Gruppe des Quarantänelagers zu melden.

2. Es ist eine Liste dieser Personen in zweifacher Ausfertigung anzufertigen. 1. in Exemplar ist der Abteilung IV/5 des M.f.S. zu übersenden. Das zweite Exemplar verbleibt bei der Operativ - Gruppe.

Die Listen müssen enthalten:

- a) Name und Rufname
- b) Geburtsdatum und Ort
- c) Letzte Wohnadresse
- d) Grund des Lageraufenthaltes.

Bei sämtlichen Personen, soweit es sich nicht um ehemalige Republikflüchtige handelt, sind außerdem noch folgende Angaben zu machen:

- a) Genaue Personenbeschreibung, (Größe, Haarfarbe, besondere Kennzeichen usw.)

- b) Ein Foto der betreffenden Person ist beizulegen. (Bei Brillenträgern ein Foto mit Brille und das zweite Bild ohne Brille.)

3. Diese Liste ist von der Abteilung IV/5 des M.f.S. bei der Abteilung XII und der zentralen Flüchtlingskartei der EVAVP zu überprüfen. Ergeben sich hierbei Hinweise über Personen, so ist die Operativ - Gruppe des zuständigen Lagers zu verständigen.
4. Sämtliche im Lager befindlichen Personen sind sofort nach ihrer Ankunft protokolllarisch zu vernehmen. Anschließend sind in den Orten, welche in der Vernehmung angegeben wurden, durch die zuständigen Dienststellen Ermittlungen einzuholen. Bei Westdeutschen, Westberlinern, Ausländern und Staatenlosen ist das Ermittlungsverfahren an die Abteilung VI/5 des M.f.S. zu richten. Hierbei ist der Grund der Ermittlung anzugeben. Ermittlungsaufträge müssen innerhalb von 14 Tagen durch die zuständige Dienststelle durchgeführt sein. Ausnahmen bestehen bei Ermittlungen über Westdeutsche, Westberliner, Ausländer usw. Bei Nichteinhaltung des angegebenen Termins von der zuständigen Bezirksverwaltung ist Meldung an das M.f.S. - Abt. IV/5 - zu erstatten, die alles weitere veranlaßt.
5. Bis zum Eintreffen des Ermittlungsergebnisses sind nach Möglichkeit weitere protokolllarische Vernehmungen durchzuführen, um festzustellen, ob die in der ersten Vernehmung getätigten Angaben mit denen der weiteren Vernehmungen übereinstimmen. Widersprüche sind zu klären. Jede Vernehmung muß so geführt werden, daß sie sich nicht nur auf die Person bezieht, sondern auch durch die müssen zur gleichen Zeit die feindlichen Maßnahmen, die Methoden, der jeweilige Sitz der feindlichen Agenturen und die Agenten derselben aufgeklärt werden. Auch die Vernehmung muß der Weg den die Person gegangen ist, die Arbeitsstelle, Produktion usw. aufgeklärt werden.
6. a) Wird durch die Ermittlung festgestellt, daß die betreffende Person bereits als belastet bei einer Dienststelle geführt wird und bei dieser Dienststelle Interesse an dieser Person besteht, ist die Person der Dienststelle zur weiteren Bear-

beutung zu übergeben.

- b) Wird durch die Vernehmung festgestellt, daß die betreffende Person Aufträge einer feindlichen Agentenzentrale erhalten hat, die jedoch bei der Ermittlung zu führenden Dienststelle unbekannt sind, so ist diese Person durch die Operativ - Gruppe zu bearbeiten.

Es ist ein U.-Vorgang anzulegen und die Person der Abteilung IV der zuständigen Bezirksverwaltung zu übergeben.

- c) Kriminell belastete Personen müssen der Lagerleitung zur weiteren Bearbeitung durch die Ermittlungsorgane übergeben werden.
- d) Personen, die aufgrund der Vernehmung und Überprüfung aus dem Gebiet der DDR auszuweisen sind, sind zum Entscheid an die Abteilung IV/5 des M.f.S. zu melden. Die protokollarischen Vernehmungen sowie der Vorschlag zur Ausweisung ist mit einzureichen. Nach Festtätigung der Ausweisung durch das M.f.S.-Abteilung IV/5 ist die jeweilige Person der Lagerleitung zu übergeben, die von sich aus den Abtransport an die D-Linie und die Übergabe an die Grenzpolizei veranlaßt.
- e) Liegt gegen Lagerinsassen kein belastendes Material vor bzw. besteht kein Interesse an diesen Personen, so sind dieselben der Lagerleitung zurückzugeben.

Die Volkspolizei in Verbindung mit der Abteilung Bevölkerungspolitik beim LDI, das Ministerium für Arbeit und die Partei entscheiden, ob diese Personen auszuweisen sind, oder ob sie im Gebiet der DDR verbleiben können. Von dem Ergebnis ist die Operativ - Gruppe in Kenntnis zu setzen. Wird auf Ausweisung entschieden, so ist bei diesen Personen wie unter Punkt 6/d zu verfahren.

Bei weiteren Verbleib in der DDR ist die Lagerleitung eine namentliche Liste zu erstellen, aus dieser muß der Zuzugsort ersichtlich sein. Diese Liste ist der Operativ - Gruppe zu übergeben, die die jeweiligen Dienststellen von dem Zuzug dieser Personen zu verständigen hat.

Die Dienststellen haben diese Personen unter Kontrolle zu halten.

7. An das M.f.S. - Abt. IV/5 - sind Vernehmungsprotokolle von folgenden Personen zu senden :

- a) Personen, die durch ihre eigenen Aussagen, sowie durch die Aussagen zweiter Personen oder durch Ermittlungen belastet werden.

Kopie BStU
AD 2

- b) Über sämtliche Westdeutsche, Westberliner, Ausländer und Staatenlose.

- c) Über Personen, die aufgrund ihrer Angaben evtl. angeworben werden können.

(Den Vernehmungsprotokollen ist eine Stellungnahme der Operativ - Gruppe beizufügen.)

8. Von seitens der Operativ - Gruppe des Quarantänelager ist besonders bei dem Vernehmungsprotokoll zu achten, unter den Lagerinsassen geeignete GM bzw. GI zu finden.

Hierbei werden zwei Arten von GM bzw. GI unterschieden:

- a) GM bzw. GI, die im Lager selbst zur Tätigkeit herangezogen werden.
- b) GM bzw. GI, die außerhalb des Lagers (in Westberlin oder Westdeutschland) eingesetzt werden.

Alle Anwerbungen bedürfen der Genehmigung des Leiters der Bezirksverwaltung oder des Abteilungsleiters der Abteilung IV der Bezirksverwaltung, soweit es sich um Personen handelt, die unter Punkt 8/a angeführt sind.

Anwerbungen der unter 8/b Genannten bedürfen der Genehmigung des M.f.S. Berlin.

9. Alle westdeutschen bzw. ausländischen Dokumente, wie Ausweise, Bescheinigungen usw. müssen an die Abteilung IV/5 des M.f.S. geschickt werden.
10. Die Mitarbeiter der Operativ - Gruppe in den Quarantänelagern treten offiziell als Vertreter des Ministeriums für Staatssicherheit auf. Operative Vorgänge sind geheim zu behandeln. Festnahmen sind konspirativ durchzuführen, daß sie im Lager nicht bemerkt werden. Die Haftzellen im Lager dürfen nur bei Gefahr im Verzuge bei Fluchtverdacht benutzt werden.
11. Die Operativ - Gruppe in den Quarantänelagern unterstehen der Abteilung IV der jeweiligen Bezirksverwaltung.
12. Von den Operativ - Gruppen sind monatlich an die Abteilung IV des M.f.S. Berichte nach folgenden Punkten zu erstatten :
1. Stand der Lagerinsassen am Ende des vergangenen Monats zahlenmäßig.

2. Zugänge.

- a) Republikflüchtige
- b) Westdeutsche und Westberliner
- c) Staatenlose und Ausländer

3. Abgänge.

- a) Nach altem Wohnsitz entlassen worden.
- b) Einen Wohnsitz zugewiesen bekommen.
- c) Keinen Aufenthalt in der DDR erhalten und abgeschoben worden,
- d) Durch Dienststellen festgenommen worden.
- e) Durch die Operativ - Gruppe des Lagers festgenommen worden.

4. Neuer Stand.

Die Berichterstattung läuft sich auf die Zeit vom ersten bis zum letzten des jeweiligen Monats.

Die Berichte müssen bis zum 5. des darauffolgenden Monats bei der Abteilung IV des M.f.S. vorliegen.

Mielke
.....
Staatsssekretär

- Hauptabteilung V -
AG Inf./Auswert.

Berlin, den 27. August 1961
gefertigt: 4 Exemplare

BStU
000170

Erscheinungen der politisch-ideologischen
Diversions im Kreisgebiet Wernigerode

Bezirk Magdeburg

1. Staatsgefährdende Propaganda und Hetze

Im angegebenen Zeitraum ereigneten sich im Kreisgebiet
11 Fälle in mündlicher und schriftlicher Form.

An der Spitze stehen 6 Materialien über schriftliche Hetze,
wobei in 4 Fällen die Täter unbekannt sind. In den beiden
anderen Fällen wurden Hetzflugblätter des CDU-Ostbüros mit-
tels Ballon von Westdeutschland aus eingeschleust.

Am 1. 5. 1961 erhielt der Bürgermeister von Stapelburg
einen anonymen Brief mit Hetze und der Aufforderung, zurück-
zutreten.

Am 25. 2. 1961 gab die Krankenschwester im Krankenhaus
Blankenburg

geb. am [REDACTED]

einen anonymen Brief bei der Kaserabteilung ab, in dem ihr
in allgemeiner Form gedroht wird. Sie will schon mehrere
solche Briefe erhalten haben, und es besteht der Verdacht,
daß sie diese selbst schreibt. Sie war wegen Spionage ver-
urteilt und ihr Ehemann wegen Spionage zum Tode verurteilt.

Am 14. und 15. 6. 1961 wurde auf Sohle 150 der "Harzer Eisen-
erz-Gruben in 5 Fällen die Losung "Es lebe der 17. Juni" an
Erswagen geschnitten.

Bearbeitung: KD Wernigerode, Op.V. "Ratt".

In 3 Fällen wurde mündliche Hetze gegen unserer Partei und Regierung, unseren sozialistischen Aufbau und die SU betrieben.

Die Tischler bei [REDACTED] in Wernigerode
[REDACTED] und [REDACTED]
geb. am [REDACTED] und geb. am [REDACTED]

wurden am 13.3.1961 durch die VP festgenommen, weil sie ständig im Betrieb hetzten.

Bearbeitung: VPKA Wernigerode

Am 4.5.1961 betrieb der Schlosser der PGM-Fahrzeugbau Wernigerode

[REDACTED]
geb. am [REDACTED]

in der Gaststätte "Jägerhof" faschistische Hetze. [REDACTED] war schon mehrere Male republikflüchtig und ist mehrmals wegen Unterschlagung vorbestraft.

Bearbeitung: VPKA Wernigerode

Der [REDACTED] der Harzer Eisenerzgruben

[REDACTED]
geb. am [REDACTED]

wollte Hetzschriften des DGB, die dem Betriebsjugendausschuß durch die Post zugingen, in der FDJ-Gruppe auswerten, nachdem er sie durchgelesen und Stellen rot angestrichen hatte.

Bearbeitung: KD Wernigerode

2. Staatsgefährdende Gewaltakte und Waffendelikte

Es liegen Materialien über 16 derartige Vorkommnisse vor. Dabei handelt es sich um

- 2 Fälle Diversionsakte
- 2 Fälle Anschläge Verkehrssicherheit
- 2 Fälle Widerstand gegen die Staatsgewalt
- 1 Fall Schlägerei gegen VP-Angehörigen
- 3 Fälle Fahnenmistisse und Bildschändungen
- 5 Fälle Waffen- und Munitionsfund
- 2 Fälle illegaler Waffenbesitz

Am 22. 1. 1961 wurde im VEB Buna Kalkwerk Rübeland von unbekannten Tätern ein Rundholz angesägt, an dem der Flaschenzug zum Heben eines Großwerkstückes angebracht war.

Bearbeitung: KD Wernigerode

Am 20. 6. 1961 warf der Transportarbeiter im VEB Elektromotoren Wernigerode

[REDACTED]
geb. am [REDACTED]

einen Eisenring in das Transformatorenhaus des Werkes und verursachte so einen Kurzschluß. [REDACTED] ist ehem. Mitglied der NSDAP.

Durch einen unbekannten Täter wurden in der Nacht vom 9. zum 10. 4. 1961 am Bahnhof Borge die Gleise blockiert, eine Signallaterne beschädigt und faschistische Symbole geschnitten.

Bearbeitung: Trapo

Am 3. 2. 1961 errichteten 4 Betonarbeiter des VEB Eisenbetonbau Berlin Außenstelle Elbingerode in Elbingerode eine Straßensperre durch Spannen eines Gummikabels, zerschlugen einige Fensterscheiben an der Baustelle der Geologischen Boh-

rungen und wurden gegen den Schachtmeister und den FDJ-Sekretär tödlich. Der Gruppe gehören folgende Personen an:

geb. am [REDACTED]

geb. am [REDACTED]

geb. am [REDACTED]

geb. am [REDACTED]

Bearbeitung: VPKA Wernigerode

Am 3. 7. 1961 wurde in Berenburg der Maurerbrigadier

geb. am [REDACTED]

wh. Oschersleben
Rückkehrer

gegen einen Genossen der VP gewalttätig. Der Genosse war eingeschritten, als [REDACTED] im betrunkenen Zustand mit 2 weiteren Personen versuchte, einen Bauern gewaltsam das Pferd auszuspannen.

Bearbeitung: VPKA Wernigerode

Am 12. 8. 1961 hetzte der Arbeiter des VEB "Harzer Werke" in Blankenburg

geb. am [REDACTED]

Rückkehrer

gegen Partei und Regierung und wurde gegen einen einschreitenden VP-Angehörigen gewalttätig.

Bearbeitung: VPKA Wernigerode

Am 19. 5. 1961 wurden in Blankenburg die Jugendlichen

geb. am [REDACTED]

geb. am [REDACTED]

geb. am [REDACTED]

geb. am [REDACTED]

geb. am [REDACTED]

geb. am [REDACTED]

durch die VP festgenommen.

Sie hatten eine Schlägerei gegen einen VP-Angehörigen provoziert. In der Untersuchung wurden ihnen einige Diebstähle nachgewiesen, und der [REDACTED] besaß 2 Pistolen.

Bearbeitung: VPKA Wernigerode, Abt. -K-

Am 29. 4. 1961 hat der, als negatives Element bekannte,

geb. am [REDACTED]

in Benackenstein eine Fahne heruntergewissen. [REDACTED] ist Rückkehrer und wegen Körperverletzung verurteilt.

Bearbeitung: VPKA Wernigerode

Bei den Waffenfunden handelt es sich um folgende Stücke:

3 Pistolen mit Munition

1 MPI mit Munition

1 Sprengkapsel

Alle Waffen waren im gebrauchsfähigen Zustand und in Gebäuden bzw. im Gelände versteckt.

Bearbeitung: VPKA Wernigerode

Außerdem traten 2 Fälle des illegalen Waffenbesitzes auf:

Am 16.6.1961 wurde in Wienrode

geb. am [REDACTED]

durch die VP eine Hausdurchsuchung durchgeführt und dabei 1 Pistole ohne Munition gefunden.

Bearbeitung: VPKA Wernigerode

Anfang des Jahres trieben die Jugendlichen

geb. am [REDACTED] und geb. am [REDACTED]

in den Bezirken Magdeburg, Halle und Leipzig ihr Unwesen. Sie gaben sich als Angehörige des MfS aus und zogen von Jugendlichen die Ausweise ein. Der [REDACTED] wurde am 14.3.1961 durch die VP in Leipzig festgenommen, während es dem [REDACTED] gelang zu fliehen. Bei den Hausdurchsuchungen wurde in der Wohnung des [REDACTED] eine Pistole o8 mit 10 Schuß Munition gefunden.

Bearbeitung: VPKA Leipzig

3. Republikfluchten und Abwerbung

Im angegebenen Zeitraum wurden aus dem Kreisgebiet 41 Personen mittels FM 12 a oder über Westberlin republikflüchtig. Darunter

- 11 Lehrer (teilweise mit Familie)
Schwerpunkt war Wernigerode mit 6 Fällen
- 9 Angestellte des Staatsapparates, Massenorganisationen und der Justiz
Darunter am 17.4.1961 der stellv. Vorsitzende des Rat des Kreises,
geb. am [REDACTED] NDPD
- 2 Genossenschaftsbauern

In 4 Fällen versuchten Personen republikflüchtig zu werden. So wurde am 21.5.1961 der Angehörige der NVA, zeitweilige Kursant der NVA-Schule in Plauen

geb. am [REDACTED]
wh. in Wernigerode

durch die DSP festgenommen, als er versuchte, über die Westgrenze zu desertieren.

Bearbeitung: HA I

Unter den geflüchteten Personen befanden sich 8 Mitglieder der SED, die zum größten Teil Parteifunktionen bzw. staatliche und wirtschaftliche Leitungsfunktionen inne hatten.

Weiterhin liegen 2 Fälle über Abwerbungsversuche vor.

Am 23.6.1961 wurde der ehem. Legionär der französischen Fremdenlegion

geb. am [REDACTED]

in Wernigerode festgenommen, weil er in mehreren Fällen versucht, Personen zur Republikflucht zu veranlassen.

Bearbeitung: VPKA Wernigerode

Am 28.6.1961 wurde der Straßenbauhilfsarbeiter des Kreisbaubetriebes

festgenommen, weil er in mehreren Fällen versucht hatte, Personen abzuwerben.

Bearbeitung: VPKA Wernigerode

Verteiler:

1. Ex.
2. Ex.
3. Ex.
4. v-

Berlin, den 1.9.1961

Zusammenfassende Einschätzung
der Vorkommnisse in den Grenzkreisen ab 12.8.1961

Seit dem 12.8.1961 fielen insgesamt

180 Meldungen

an.

Dabei wurde die Festnahme von 48 Personen gemeldet.

Die überwiegende Mehrheit der Delikte - 105 - waren Mitteilungen über Hetze, Ständeverleumdung u.ä.

Diese Hetze richtete sich fast ausnahmslos gegen die Sicherungsmassnahmen der DDR in Berlin.

Am häufigsten tauchten dabei Thesen auf, die DDR sei ein KZ, man lebe hier "unfrei und geknechtet", die Berlinmassnahmen hätten die Spaltung vertieft, die DDR verschärfe die internationale Lage und trage mit zur Gefahr eines neuen Krieges bei.

Stark vertreten war auch eine feindliche Hetze gegen die Genossen Walter Ulbricht und Chruschtschow.

Die PHlle von mündlicher Hetze bildeten dabei den Hauptteil der gesamten Hetze.

Bei verschiedenen Personen war festzustellen, dass sie ihre Argumente von westlichen Rundfunksendern und vom westdeutschen Fernsehen entlehnt hatten. Verschiedene angefallene Personen erklärten auch diese Sender als Quelle ihrer Information.

Schwerpunktmässig waren Hetze fielen die Kreise

Halberstadt	14
Seehausen	14
Eisenach	13
Salzwedel	13
Haldensleben	10
Wernigerode	10
Oschersleben	10

an.

-2-

Bestimmte Konzentrationspunkte der Feindtätigkeit zeigten sich u.a.

in Rübeland/Krs. Wernigerode (insbes. in VEB Buna-Kalkwerk)	4 PHlle Hetze
in Ruhla/Krs. Eisenach (insbes. Uhrenfabrik)	4 Vorkommnisse (2 Festnahmen)
in Eisenach-Stadt (AWE Eisenach/Aufnahme Eisenach insbes.)	9 Vorkommnisse (7 Festnahmen).

Hinsu kommen verschiedene Fälle des passiven Widerstandes. Sie fanden ihren Ausdruck in Drohungen, die Wahl zu boykottieren, in Ablehnung der gesellschaftlichen Arbeit u.a.. Dabei war der Kreis Haldensleben mit 6 Delikten ein besonderer Schwerpunkt (Haldensleben trat bereits bei der Analysierung der Feindtätigkeit bis zum 12.8.61 in den Vordergrund, da dort mehrere Erscheinungen des passiven Widerstandes waren.)

Als Schwerpunkt von selbstgefertigten Hetzflugblättern und Schmierereien fiel Halberstadt nach dem 13.8.1961 erneut an, nachdem bereits bis zu diesem Zeitraum verschiedene Fälle dort zu verzeichnen waren.

Eine weitere Methode der Feindtätigkeit, die in nahezu allen Kreisen in Erscheinung trat, war die Verbreitung von Gerüchten mit dem Ziel, Unruhe bei der Bevölkerung hervorzurufen. Ein Beispiel aus dem Kreis Saalfeld (das nicht im Nachtrag zur Analyse enthalten ist) zeigt, wie der Gegner derartige Gerüchte organisierte:

Am 21.8.61 wurde im Kreisgebiet von Saalfeld ein Pkw durch mehrere Ortschaften und warf Flugblätter:
"Achtung! Achtung, Geldumwertung. Kauft alles Verfügbare".

Grensdurchbrüche bzw. Versuche zur Grenzverletzung wurden nach dem 12.8.61 12 gemeldet.

Dabei steht der Kreis Salzwedel mit 4 Vorkommnissen (bei denen 8 Personen illegal die DDR verliessen) an der Spitze.

-3-

000007

Bei allen Delikten wurde festgestellt, dass ein wesentlicher Teil der negativ angefallenen Personen aus Rückkehrern, Zuwanderern und Vorbestraften bestand.

Übersicht

Über die Häufigkeit der wichtigsten Delikte in den Grenzkreisen nach dem 28.12.1961 und die gemeldeten Personen.

	Meldungen	Festnahmen	Hetze	Grenzverletzungen
Oschersleben	25	1	10	3
Salzwedel	24	6	13	4
Haldensleben	22	5	10	-
Eisenach	19	11	13	2
Halberstadt	19	7	14	1
Seehausen	18	-	14	-
Wernigerode	14	1	10	1
Klötze	11	-	6	-
Gelsenitz	6	-	2	1
Mühlhausen	5	2	2	-
Nordhausen	5	1	3	-
Worbis	4	2	4	-
Heiligenstadt	4	2	1	-
Plauen	-	-	1	-
Saalfeld	2	-	-	-
Sonneberg	1	2	1	-

Verteiler

1.Ex.

2.Ex.

3.Ex.

4.Ex. Ablage

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK

Der Bundesbeauftragte für die Ministerium für Staatssicherheit
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Aufenthalts-Magistrat
Weihen-Ringstr. - Ring 2
Moggenburg - Eulenburg

BSStU
000010

Berlin, den 11.12. 1964

- Abschrift -

Verfügung

Gemäß § 106 der Strafprozessordnung wird gegen den/ die

Name Unbekannt

Vorname

geboren am in

Beruf zuletzt

Wohnanschrift

aus den unten angeführten Gründen die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens angeordnet.

Gründe: Die Beschuldigte wurde am 11.12.1964 im Grenzgebiet Elend bei dem Versuch, die Staatsgrenze der DDR illegal nach Westdeutschland zu durchbrechen, festgenommen. Sie hatte einen Seitenschneider sowie verschiedene Effekten westlicher Herkunft bei sich und trug Zivilkleidung, deren Herkunft auf Grund fehlender Firmenschilder nicht nachgewiesen werden kann. Die Genannte ist nicht im Besitz von Ausweispapieren und verweigert jegliche Aussagen zu ihrer Person. Ihren Angaben zufolge drang sie in der Nacht vom 01.12. zum 02.12.1964 von Westdeutschland aus in die DDR ein und hielt sich seit dieser Zeit illegal im Staatsgebiet auf. Über den genauen Verlauf ihres Aufenthaltes in der DDR verweigert sie die Aussage. Auf Grund des vorliegenden Sachverhaltes besteht der dringende Verdacht, daß die Genannte zum Zwecke einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit im Auftrage eines imperialistischen Geheimdienstes handelt.

- Straftat gemäß § 14 des Strafrechtsorganisationsgesetzes -

Stapel

ges. Heinits
Leiter des Untersuchungsorgans

P.d.R.d.A.1

Dokument 4: Untersuchungsvorgang 127/56 über Kruse, Hildegard, Beginn 20.12.64, in: Gerichtsakte Hildegard Kruse (BSStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Bd. 1, Bl. 10)

Der Bundesbeauftragte für die
Untersuchen des Staatsgrenzschutzes
der Deutschen Demokratischen Republik
Aufsicht über die Mauer
Mauer / Mauer - Ring 2
Mauer - Ring 2
Mauer - Ring 2

00004

BSU
000008

HA I / Abw. / Kdo. d. Grenztruppe
Unterabteilung 7. Grenzbrigade

Klond, den 14. Dez. 64

Operativgruppe Blankenburg

Befehl

Am 14.12.1964 wurde durch den Untersektoranden, in Verbindung
mit Angehörigen der Grenzkompagnie Klond, eine Kontrolle der
Minensperre, auf der feindwärtigen Seite durchgeführt.

Die Kontrolle ergab keinen konkreten Hinweis auf einen Grenz-
durchbruch der am 11.12.64 festgenommenen weiblichen Person
in diesem Abschnitt in Richtung West - DDR.
Es wurde im Drahtzaun keine Schnittstelle festgestellt.
Die Überprüfung zeigte jedoch, es mehrere Möglichkeiten
gab, ohne den Draht zu zerschneiden durch die Sperre zu kri-
chen, da mehrere Löcher im Drahtzaun vorhanden sind.
Diese Stellen sind besonders dort, wo kleinere Wasserläufe
durch die Minensperre gehen. Dort ist auch möglich die Sperre
zu durchbrechen, ohne auf eine Mine zu kommen.

Andere Spuren über einen eventuellen Grenzdurchbruch konnten
ebenfalls nicht festgestellt werden.
Die weibliche Person gibt an, am 1.12.64 die Grenze in Richtung
West / DDR durch klettern zu haben. Zu diesem Zeitpunkt war eine
Schneedecke in diesem Abschnitt vorhanden, während zum Zeit-
punkt der Überprüfung kein Schnee mehr vorhanden war.

Blume
Operativer Mitarbeiter
Oberleutnant

KOPIE BSU

Dokument 5: Untersuchungsvorgang 127/56 über Kruse, Hildegard, Beginn 20.12.64,
in: Gerichtsakte Hildegard Kruse (BSU, ZA, MfS, AU 10983/65, Bd. 1,
Bl. 8)

DER GENERALSTAATSANWALT
DER DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK

— Strafregister —

DER GENERALSTAATSANWALT DER DDR
104 Berlin, Schumannstraße 37

Frau
Heinrich Kruse
3703 Elbingerode
Bruchstr. 1

104 Berlin,
Schumannstraße 37
den 19.12.1968

24 11. Juni 1968

Gemäß § 25 des Strafregistergesetzes vom 1. Juli 1968
ist die Eintragung über Ihre Verurteilung nach Frist-
ablauf im Strafregister gelöscht.

Sie gelten somit nicht mehr als vorbestraft.

Sachbearbeiter

104 AG 10983/65 10

Dokument 6: Privat-Archiv Kruse

Bezirksverwaltung für
Staatsicherheit Magdeburg
Kreisdienststelle Wernigerode

Wernigerode, den 10. 07. 1975
Hei/Ha
JH/75 A

BSStU
000017

Bezirksverwaltung für
Staatsicherheit Magdeburg
Stellvertreter Pöschel - Gen. Oberstlt. Hille

Magdeburg

Bericht über den Stand der Durchsetzung der Instruktion des
1. Stellvertreters des Ministers zur Organisation der politisch-
operativen Arbeit unter Rückkehrern/Zusügl. unter Beachtung der
neuen Lagebedingungen

Gliederung:

1. Überblick über die Lage und Situation unter dem Personenkreis
der Rückkehrer/Zusügl. im Kreis Wernigerode
2. Stand der Durchsetzung der Instruktion des 1. Stellvertreters
des Ministers zur Organisation der politisch-operativen
Arbeit unter Rückkehrern/Zusügl.
3. Schlussfolgerungen für die weitere politisch-operative Arbeit
unter dem Personenkreis der Rückkehrer/Zusügl. im Kreis Werni-
gerode
4. Anlagen

- 2 -

BSStU
000018

Zu Punkt 1.1

Unter dem Personenkreis der Rückkehrer/Zusügl., nachfolgend R/Z
genannt, sind im Kreis Wernigerode zur Zeit folgende operativ
relevanten Verhaltensweisen erkennbar:

- Eine verstärkte Antragstellung auf Übersiedlung in die BRD
und Westberlin.
- Auf Grund der neuen Lagebedingungen, insbesondere unter dem
Aspekt des Reise- und Touristenverkehrs, eine verstärkte Kon-
taktpolitik und Kontakttätigkeit.

Diese erkannten Verhaltensweisen der R/Z unterstreichen eindeu-
tig die Hauptrolle der Strategie und Taktik der imperialistischen
Geheindienste, nämlich der Kontaktpolitik und Kontakttätig-
keit.

Bis zum 30. 06. 1975 wurden 12 Anträge auf Übersiedlung in die
BRD/Westberlin von R/Z gestellt. Unter diesen 12 Antragstellern
waren 9 Zusügl. aus der BRD, welche in den Jahren 1956 - 1961 in
die DDR übersiedelten und 3 Rückkehrer. 3 von den 12 Antrag-
stellern übersiedelten bereits wieder in die BRD. Alle 3 Personen
waren Zusatz aus der BRD.

Die betreffenden Personen begründen ihre Antragstellung damit, daß
sie mit den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen in der
DDR nicht einverstanden sind und wieder in die BRD zurück möchten.
Durch IM/GMS konnte erarbeitet werden, daß alle R/Z, welche einen
Antrag zur Übersiedlung in die BRD stellten, ständige und umfang-
reiche Verbindungen in die BRD und nach WB unterhalten haben.

Die Selektion der in der P-MK/DDR erfaßten Personen ergaben keine
Konzentrationen von R/Z in Betrieben oder Territorien. Einen ge-
wissen Schwerpunkt bildet der VEB Gießerei und Ofenbau Königsbrunn,
wo das Verhältnis der Gesamtbeschäftigten an R/Z am ungünstigsten
liegt.

Politisch-operativ trat im Verantwort. Bereich die Person
[REDACTED] PFA Wernigerode Postamt Blankenburg mit
negativen Diskussionen auf Grund abge. unter Reise in die BRD in
Erscheinung. So gab inoffizielle und offizielle Hinweise, daß die
[REDACTED] die Reise nutzen würde, um in der BRD zu verbleiben. [REDACTED] ist
seit Ende 1968. Mit der [REDACTED] im Betrieb Auseinandersetzungen
und Aussprachen durch die [REDACTED] bzw. gesellschaftlichen
Kräfte geführt. Die Person [REDACTED] unter ständiger operativer Kon-
trolle durch IM.

Im weiteren trat die Person [REDACTED], Harzmuseum
Blankenburg operativ in Erscheinung. Genannter besitzt umfangreiche
persönliche und politische Verbindungen in die BRD. So werden zum
Beispiel Treffen in der Hauptstadt der DDR organisiert, wo
auch Arbeitsunterlagen für seine Forschungstätigkeit erhält.
[REDACTED] ist Rückkehrer [REDACTED]

Zur Aufklärung des Charakters der Verbindungen wurden IM/GIS zum Einsatz gebracht und andere operative Maßnahmen eingeleitet. Weiter operativ relevante Informationen zum Personenkreis der R/Z konnten zu den in der Kreisdienststelle Vernigerode vorhandenen operativen Materialien

- ein Teilvorgang zum OV "Verräter"
- eine VAO "Ranger"
- 6 OPK und 5 OPA

erarbeitet werden. Insgesamt wurden im Einschnittszeitraum 42 operativ bedeutungsvolle Informationen zu den obenangeführten operativen Materialien erarbeitet. Diese Informationen waren insgesamt aber noch ungenügend zur zielstrebigsten Weiterentwicklung der Materialien. Die VAO "Ranger" konnte erfolgreich zum Abschluß gebracht werden.

Seit dem 15. 07. 1974 wurden 4 operative Materialien (3OPK, 1 OPA) neu entwickelt, so daß gegenwärtig 12 R/Z operativ bearbeitet werden, davon

- 1 Person in einem Teilmaterial zum OV "Verräter"
- 6 R/Z in OPK gem. Richtlinie 1/71 des Genossen Minister und
- 5 R/Z in OPA.

In einer Operativinformation der AIG der BV Magdeburg für die Abteilung II wurden Hinweise zu einer Rückkehrerin erarbeitet, welche die schwedische Staatsangehörigkeit besitzt und umfangreiche Verbindungen in die BRD, nach Schweden und nach Westberlin unterhält. Diese Operativinformation wurde unserer Dienststelle durch die Abteilung II zur weiteren Bearbeitung übergeben. Die operative Bearbeitung erfolgt in einer OPK gemäß Richtlinie 1/71.

Zu Punkt 2.:

Zur Zeit sind im Kreis Vernigerode 1.358 RMZ, 1.358 RMZ und 326 Zugänge wohnhaft. Davon stehen 196 Rückkehrer unter Personenkontrolle der DVP gemäß DV IX/20 und O31/70 des MdI. Alle R/Z sind lückenlos im VPKA Vernigerode, Abteilung FI, Sachgebiet R/Z auf KK erfaßt. Dabei handelt es sich um Personen, die seit dem Jahr 1954 die DDR ungesetzlich verlassen haben und zurückgekehrt sind bzw. die seit diesem Zeitpunkt um Aufnahme in die DDR gebeten haben.

Im Berichtszeitraum vom 01. 01. 1974 - 30. 06. 1975 erfolgte eine Abstimmung mit dem Sachgebietsleiter R/Z des VPKA Vernigerode hinsichtlich der Kategorisierung der R/Z im Kreisgebiet. Diese listenmäßige Aufstellung der betreffenden R/Z erfolgte nach folgenden Gesichtspunkten:

- Aufstellung über R/Z, die an bzw. in der Nähe militärischer Objekte wohnen
- R/Z, welche wegen Staatsverbrechen vorbestraft sind

- R/Z, welche dem BGS, der westdeutschen Polizei und der Fremdenlegion angehören
- R/Z, welche von Geheimdiensten außerhalb des Aufnahmelandes vernommen wurden
- R/Z, welche Angehöriger der VP sind
- R/Z, die ehemalige Panker waren

BSU
000020

Zur allseitigen Nutzung des IM/GIS-Systems der Dienststelle und ihrer Einbeziehung in die operative Kontrolle wurden allen operativen Mitarbeitern der Dienststelle Aufgaben solcher R/Z übertragen, die in ihrem Verantwortungsbereich wohnhaft oder beschäftigt sind und zu denen bereits operativ relevante Fakten erarbeitet werden konnten.

Das Zusammenwirken mit dem Mitarbeiter R/Z des VPKA Vernigerode ist gut. Alle operativ relevanten Informationen zum Personenkreis R/Z werden dem zuständigen operativen Mitarbeiter übergeben. Die Kommission gemäß der O31/70 kommt planmäßig zu Beratungen zusammen. Auch hier ist ein konstruktives Zusammenwirken zwischen dem VPKA Vernigerode und der Kreisdienststelle zu verzeichnen. Negativ tritt bisher in Erscheinung, daß die Ermittlungsberichte und Einschnitzungen der territorial zuständigen ABV über die unter Kontrolle stehenden R/Z häufig nicht aussagekräftig genug sind. Diese Problematik wurde in der Kommission beraten und es wurden entsprechende Vorgaben für die ABV durch die Abteilung FI erarbeitet und übergeben. Gegenwärtig ist bereits eine qualitative Verbesserung der Ermittlungsberichte zu erkennen.

Durch die Abteilung Innere Angelegenheiten beim Rat des Kreises Vernigerode werden zur Zeit 5 R/Z unter Kontrolle gehalten. Die Arbeitsergebnisse der Abteilung Inneres auf dem Gebiet sind völlig ungenügend. Durch Nichtbesetzung der entsprechenden Planstelle werden die freiwilligen Helfer gegenwärtig nicht angeleitet und zum Einsatz gebracht. Aus diesem Grund wurden auch im Berichtszeitraum durch die Abteilung Innere keine Informationen erarbeitet. Mit dem Abteilungsleiter wurden diesbezüglich Absprachen geführt und es wurde die Notwendigkeit und Dringlichkeit aufgezeigt.

Unter dem Personenkreis der R/Z sind folgende IM vorhanden:

Rückkehrer: 19 IM, davon 4 DMV und 19 IMZ
Unter den 4 DMV befindet sich 1 weibl. DMV.

Zugänge: 13 IM, davon 1 weibl. DMV und 3 IMZ

Die zahlenmäßige Aufstellung der unter R/Z vorhandenen IM zeigt, daß gute Möglichkeiten für den IM-Einsatz unter dem Personenkreis R/Z vorhanden sind. Die bisher erarbeiteten Informationen reichen jedoch noch nicht aus, um den Klärungsprozeß "Wer ist Wer" unter dem Personenkreis R/Z effektiv und entsprechend der Instruktion zur Organisation der pol.-op. Arbeit auf dem Gebiet der Rückkehrer und Zugänge qualitativgerecht zu gestalten.

Zu Punkt 3.1

- Die operative Arbeit unter den Personalfreien der R/Z ist weiter zu aktivieren. Insbesondere gilt es die Wirksamkeit der Arbeit mit H/G/S zu erhöhen. Obwohl eine Anzahl H/G/S gute Möglichkeiten zur operativen Kontrolle besitzt, haben, werden diese H/G/S noch nicht in jedem Fall zielstrebig und effektiv genug zur Sicherung eingesetzt. Positiv entwickelt sich die Arbeit in den vorhandenen FD-Systemen zur Absicherung bestimmter Bereiche und Territorien. Hier wurden speziell in Referat 1 eine ganze Anzahl von Personen aufgestellt und durch die Systeme unter Kontrolle gehalten.
- Die operative Bearbeitung der operativen Materialien zu R/Z ist weiter zu intensivieren. Insbesondere ist die Qualität und Quantität der Informationsmaterialien zu erhöhen, um die betreffenden Materialien in hoher Qualität und termingerecht abschließen zu können.
- Alle Hinweise zu R/Z die durch andere Dienststellen, besonders Abteilung 26, Abteilung M u. a. erarbeitet werden, sind sorgfältig zu prüfen und in der weiteren operativen Arbeit zu beachten.
- Der Informationsfluß innerhalb der Dienststelle ist qualitativ zu gestalten. Es muß erreicht werden, daß alle operativ bedeutsamen Informationen zu R/Z dem zuständigen operativen Mitarbeiter im Referat 1 zur Kenntnis gelangen. Insbesondere durch die operative Auswertung der Dienststelle muß garantiert werden, daß es zu keinem Informationsverlusten kommt und die Koordination zwischen den Referaten gewährleistet wird.
- In der bisherigen Zusammenarbeit bzw. im Zusammenwirken mit der Kommission gem. DV IX/20 konnten eine Vielzahl von Aufgaben bzgl. R/Z qualitativ und quantitativ entsprechend den Festlegungen unseres Organs gelöst werden. Durch den op. Mitarbeiter der Linie VII wird in der genannten Kommission der entscheidende Einfluß geltend gemacht, so daß die Probleme unseres Organs vorrangig gelöst werden.

Leiter der Kreisdienststelle

Kamp
Major

Anlagen

Ungedruckte Quellen:

Archiv der politischen Parteien und Massenorganisationen in der DDR im Bundesarchiv, Außenstelle Berlin (SAPMO)

Kreisarchiv Wernigerode

Abt. Inneres, Aussiedlungen 1952, Signatur Nr. 198, 96

Beratungen in den Grenzgebieten, Sign. 402

Akte 320, Akte Rückkehrer und Zuzüge 6, 1963, Personalunterlagen 4

Protokolle der Kommission für Rückkehrer und Zuzüge 1963

Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Rep. M24 BDVP, 1961, 18.1, Nr. 240, Nr. 241, Nr. 246, Nr. 248, Nr. 822, Nr. 787, Nr. 794, Nr. 823, Nr. 850

Rep. MDI BDVP Magdeburg, Nr. 41

Rep. K MLF, Nr. 5201 und Nr. 5280

Rep. K KV Delitzsch, Nr. 99

BStU

ZA (Zentralarchiv)

ZAIG 526, 4902

Allg. S 75/65, Band 2, Band 4

MfS BdL Dok. Nr. 51236, Nr. 50048, Nr. 14592

JHS MF VVS 18/71

Dokumentiertes Interview:

Gespräch mit dem Ehepaar Höhne in Stapelburg am 17. Juni 1997, Tonbandprotokoll im Privatbesitz des Autors

Literatur:

- Hermann Weber, Geschichte der DDR, München, 3. Auflage 1989
- Mary Fulbrook, Anatomy of a Dictatorship, Inside the GDR 1949–1989, Oxford–New York 1997
- Inge Bennewitz, Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze, Rainer Potratz, Berlin, 1994
- Timothy Garton Ash, In Europe's Name Germany and the Divided Continent, New York 1993
- Mathias Tullner, Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2001, 3. überarb. Auflage
- Jens Müller, Übersiedler von West nach Ost in den Aufnahmeheimen der DDR am Beispiel Barbys, Schriftenreihe „Sachbeiträge“, Nr. 15, Herausgeber: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2000
- André Gursky, Die Vorgeschichte des Dessauer Schauprozesses, Schriftenreihe „Sachbeiträge“, Nr. 13, Herausgeber: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2000

Impressum

Jochen Brinkmann:

„Können Sie mir sagen, wie man Heimweh ausmerzt?“
Lebenswege an der Grenze im Gebiet Wernigerode

(Reihe „Sachbeiträge“, Teil 23)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, Dezember 2002

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: JVA Naumburg – Arbeitsverwaltung